



COVID-19 – Newsletter 46

28.08.2020

Noch immer stehen im Zentrum der derzeitigen Bemühungen der Städte und Gemeinden die drei Handlungsfelder:

- *Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur*
- *Sicherstellung der internen Serviceleistungen*
- *Situationsadäquates Angebot an KundInnen-Service für die Bevölkerung*

Die weltweite Corona-Virus-Pandemie ist die größte Herausforderung seit vielen Jahrzehnten und bedarf zur ihrer Bewältigung die Bündelung aller Kräfte und einen entsprechenden Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Am 16. März 2020 wurden die gesetzlichen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie rechtskräftig.

Ausgangsbeschränkungen wurden damals festgelegt und Betriebsstätten sowie Freizeit- und Sportbetriebe geschlossen. Städten und Gemeinden kam eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Ausbreitung zu.

Die erste Phase der COVID-19-Virus-Erkrankung haben wir dank der Mithilfe und Unterstützung der Städte und Gemeinden, der kommunalen Unternehmen sowie der Disziplin der Bevölkerung gut überstanden. Nunmehr beginnt die zweite, ebenso bedeutsame und fordernde Phase des „Hochfahrens“ aller kommunalen Leistungen. Auch in den Mitgliedsstädten und -gemeinden des Österreichischen Städtebundes beginnt wieder der kommunale Alltag – wenn auch auf eine ganz neue Art und Weise.

Die wirtschaftlichen Folgen der notwendigen und erfolgreichen Maßnahmen der Bundesregierung zur Reduzierung der Fallzahlen wirken sich bereits jetzt auf die Gemeinden aus. Für die Ertragsanteile, insbesondere in den Sommermonaten 2020, ist mit weiteren Einbrüchen, aber auch mit den sonstigen Erträgen der Gemeinden, wie der Kommunalsteuer, zu rechnen. Unsere derzeitige Priorität gilt der Sicherung der Liquidität der Städte und Gemeinden. Aber auch die, mit der Pandemie untrennbar verbundenen, organisatorischen, rechtlichen und sozialen Fragen beschäftigen uns in den letzten Tagen vermehrt. Genauso wie in der ersten Phase, werden die Städte und Gemeinden auch weiter auf die Unterstützung des Österreichischen Städtebundes zählen können. Der folgende Newsletter soll – wie bereits bisher – ein Begleiter im kommunalen Alltag sein und über derzeitige Entwicklungen und Problemlagen informieren sowie Maßnahmen, die bereits von einzelnen Städten und Gemeinden sowie kommunalen Institutionen und Unternehmen gesetzt wurden, sammeln und aufzeigen.

Wie bereits kommuniziert, wird der COVID-19-Newsletter des Österreichischen Städtebundes nunmehr in größeren zeitlichen Abständen bzw. anlassbezogen erscheinen. Für tagesaktuelle Informationen möchten wir Sie auf die COVID-19-Austauschplattform des Österreichischen Städtebundes verweisen

(https://intrakommuna.at/net_home/Pages/Startseite)

Abschließend möchten wir besonders Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für Euren Einsatz zum Wohle der Bevölkerung in ganz Österreich in dieser schwierigen Zeit herzlichst danken.

Jede Stadt und jede Gemeinde ist ein Teil der Lösung – gehen wir es wieder an.

Alle bisherigen Ausgaben des „COVID-19 Newsletters“ können unter folgendem Link nachgelesen werden:

https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no_cache=1

Redaktion: Dr. Johannes Schmid & Kevin Muik, LL.M.



Grafik: Stadt Wien

Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Ereignisse und Problemlagen	4
1. Aktuell im RIS	4
2. Was das Ampelsystem bringt ?	5
3. Corona-Virus – Heimunterricht erst ab „roter“ Ampel, für ältere ab „orange“	6
4. Corona-Virus: „Ampel-Test“ erfolgreich verlaufen	7
5. Schule im Herbst 2020 – Konzept für einen erfolgreichen Schulstart	7
6. Schulstart für viele Familien in der Corona-Krise eine besondere Herausforderung	7
7. Corona-Sonderbetreuungszeit soll verlängert werden	8
8. BM Anschober: Corona-Lage relativ stabil, aber Trends verstärken sich	9
9. Hilfsfonds: Vereine nehmen Hilfe in Anspruch	9
10. Positiv Geteste in Österreich immer jünger	10
11. Neue COVID-19 Novelle unter den Gesichtspunkten des VfGH-Erkenntnisses weiterhin problematisch	10
12. Corona-Virus: Zahl der Einbürgerungen sank im ersten Halbjahr wegen Corona-Pandemie	11
13. Corona-Virus: Mehr Kunststoff durch COVID-19	12
14. Corona-Virus: Kommunalkredit Austria erwartet herausforderndes zweites Halbjahr	12
15. Corona-Virus: Die Spätfolgen einer Corona-Erkrankung	12
16. Corona-Virus: Harsche Kritik der Volksanwaltschaft an Freiheitsentzug in Heimen	13
Aus den Bundesländern	15
1. Corona-Hilfspakete des Bundes kosten das Land Niederösterreich 260 Millionen Euro	15
2. Corona-Virus: Land Niederösterreich bietet freiwillige PCR-Test für PädagogInnen und Gemeindebedienstete an	15
3. Land Niederösterreich beschloss Corona-Bonus in der Höhe von 7,2 Millionen Euro	16
4. Land Niederösterreich – „Sicher rausgehen in Niederösterreich“ macht Ausflugsziele COVID-19-sicherer	16
5. Corona-Virus – In Kärnten startete Screening für mobile Pflegedienste	17
6. Corona-Virus – In Salzburg gibt es große Unterschiede bei Quarantäne-Kontrollen	17
7. Corona-Virus – Leitfaden für Schulen und Kindergärten im Bundesland Burgenland	18
8. Corona-Virus – Bildungsdirektion Wien startet Corona-Hotline	19
9. Corona-Virus – Bundesland Tirol – COVID-19 als Dilemma für Kinderbetreuung	19
10. Corona-Virus – Bundesland Oberösterreich – Ab heute gilt gelockerte Maskenpflicht	19
11. Corona-Virus – Warum die Coronaregeln für Kindergärten uneinheitlich bleiben	19
12. Corona-Virus – Vorarlberg-Wahlen: Corona-Schutzkonzept soll Sicherheit bieten	21
Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden	22
1. Zweites Corona-Hilfspaket für Kärntner Gemeinden	22
2. Coronahilfe – Die Stadt Linz erläßt Mietern und Pächtern 4 Monatszahlungen	22
Europa und International	24
1. Einheitliche Standards für Europas Corona-Ampeln gefordert	24



2.	24-Stunden-BetreuerInnen von Pendler-Regelung ausgenommen	24
3.	Corona-Virus: Corona-Krise lässt in Deutschland weiterhin Steuereinnahmen schrumpfen.....	25



Aktuelle Ereignisse und Problemlagen

1. Aktuell im RIS

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **13. August 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 359/2020](#)

Änderung der Verordnung betreffend die elektronische Übermittlung von Anbringen an die Finanzstrafbehörde im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung des Coronavirus

[BGBl. II Nr. 360/2020](#)

Section Control-Messstreckenverordnung Knoten Kaiserermühlen

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **14. August 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 361/2020](#)

Feuerzeugverordnungs-Novelle 2020 – FZV 2020

[BGBl. II Nr. 362/2020](#)

Änderung der Verordnung über die Einreise nach Österreich in Zusammenhang mit der Eindämmung von SARS-CoV-2

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **17. August 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 363/2020](#)

Aufhebung von Bestimmungen im Curriculum für das Doktoratsstudium der Rechtswissenschaften und das PhD-Studium Interdisciplinary Legal Studies der Universität Wien, im Curriculum für das Masterstudium Betriebswirtschaft der Universität Wien und in der Verordnung des Rektorats der Universität Wien zum Nachweis über Englischkenntnisse im Rahmen der Zulassung zu Studien durch den Verfassungsgerichtshof

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **18. August 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 364/2020](#)

Festsetzung von Hundertsätzen für die Bemessung von Kaufkraftausgleichszulagen für im Ausland verwendete Beamte und Vertragsbedienstete des Bundes

[BGBl. II Nr. 365/2020](#)

Änderung der Jachtverordnung (JachtVO)

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **21. und 24. August 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 369/2020](#)

Änderung der Dienstrechtsverfahrens- und Personalstellenverordnungen – BMF 2009 und 2020

[BGBl. II Nr. 370/2020](#)



Änderung der Verordnung betreffend die Übertragung des Rechtes zur Ernennung von Bundesbeamten an Leiter von Dienstbehörden erster Instanz

[BGBl. II Nr. 371/2020](#)

Änderung der Verordnung betreffend Dienstausschreibung

[BGBl. II Nr. 372/2020](#)

Änderung der Verordnung über die Einreise nach Österreich in Zusammenhang mit der Eindämmung von SARS-CoV-2

[BGBl. II Nr. 373/2020](#)

Änderung der Mitwirkungs-V Stadtgemeinden Bludenz, Dornbirn, Feldkirch, Marktgemeinden Lustenau, Rankweil und Gemeinde Zwischenwasser

2. Was das Ampelsystem bringt ?

Alles im grünen Bereich? Das bleibt vor allem bei der Corona-Ampel zu hoffen. Mit vier Farben wird ab September 2020 österreichweit das Corona-Risiko in den Bezirken signalisiert. Die ausreichende Einbindung von Städten und Gemeinden bei regionalen Maßnahmen wird weiterhin ein Thema bleiben.

Der beste Weg, die Ausbreitung des Coronavirus zu bremsen, ist auf regionale Cluster mit einer starken, regionalen Antwort zu reagieren: Dem ist sich Gesundheitsminister Rudolf Anschober sicher.

Im Juli 2020 kündigte das Gesundheitsministerium an, eine offizielle Corona-Ampel zu konzipieren: Mit Grün, Gelb, Orange und Rot wird nach einer sommerlichen Testphase Anfang September 2020 in den Echtbetrieb gestartet. Die Ampel zeigt, wie sich Covid-19 auf Bezirksebene entwickelt. Je nach Anzahl der Infizierten in den Bezirken soll das System von grün (niedriges Corona-Risiko) bis rot (für Akutsituation) geschaltet werden. Das ermöglicht es den Behörden, auf Clusterbildungen schnell und vor allem gezielt zu reagieren, denn es gilt: Nur weil es beispielsweise in Wien viele Infizierte gibt, sollen die Vorarlberger nicht in den Lockdown müssen.

Vier Indikatoren sind für die vierfarbige Ampel ausschlaggebend: die Sieben-Tages-Fallzahlen, die Kapazitäten in den Spitälern, Cluster (also ob die Infektionskette nachvollziehbar ist) und die Anzahl der Tests in Relation zur Bevölkerung. Das Monitoring der vier Schlüsselindikatoren erfolgt durch die AGES und die GÖG. Eine Corona-Kommission, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern von Bund und Ländern sowie Fachexpertinnen und -experten, legt dann die Warnstufe für den betreffenden Bezirk fest. Diese Treffen finden einmal wöchentlich statt.

Die genauen Definitionen, ab welchen Fallzahlen die Ampel ihre Farbe wechselt, wurde vom Gesundheitsministerium für Anfang September angekündigt – und was genau bei rot passiert, steht auch noch in grauer Zukunft.

Auch die Schulorganisation wird ab Herbst von der Corona-Ampel abhängen. Ab der roten Ampelstufe wird es wohl für die Schülerinnen und Schüler wieder Heimunterricht heißen. Bei Ampelstufe grün soll weitestgehend Normalbetrieb herrschen, auch Schulveranstaltungen wie Skikurse sind erlaubt. Großflächige Schulschließungen wie im Juni in Oberösterreich sollen damit vermieden werden. Bildungsminister Faßmann kündigte an, an Schulleiter noch ein Schreiben mit konkreten Vorgaben und Empfehlungen auszusenden.



Die Gemeinden als Schulerhalter sind von den vorgestellten Maßnahmen nicht unmittelbar betroffen. Vereinzelt hat es in der Vergangenheit Diskussionen um die Zuständigkeit für die Bereitstellung von Desinfektion oder Mund-Nasen-Schutz gegeben – diese sollten aber beendet sein.

3. Corona-Virus – Heimunterricht erst ab „roter“ Ampel, für ältere ab „orange“

Ein erneutes Umstellen auf Heimunterricht bei regionaler Zunahme an Covid-19-Infektionen an Österreichs Schulen wird es erst ab der Corona-Ampelfarbe "rot" geben. Für Schüler der Sekundarstufe II, also ab rund 14 Jahren, kann Distance-Learning schon früher wieder Realität werden. Das sieht das von Bildungsminister Heinz Faßmann präsentierte Konzept zum Schulstart im Herbst vor.

Freilich, wie sich die Ampelschaltung dann konkret gestalten wird, ist bis dato nicht bekannt. Das Gesundheitsministerium hat den Start des Normalbetriebs der "Corona-Ampel" für Anfang September 2020 angekündigt. Man brauche hier noch die "klare Definition, ab wann die Ampelfarben springen", sagte Faßmann: "Unsere Ambition ist, uns der Ampelfarbe anzupassen."

"Ich will ab Herbst einen normalen Regelbetrieb an Schulen", so der Minister, der einen Start "ohne Schichtbetrieb" und "ohne halbe Klasse" ankündigte. Insgesamt gelte es, großflächige Schulschließungen zu vermeiden, auch wenn es wahrscheinlich zu einzelnen Schließungen kommen werde.

Steht die Ampel auf "rot" und es kommt zum allgemeinen Lockdown in einem politischen Bezirk, gibt es für alle Schüler ein Comeback des Distance-Learnings. Ein Notbetrieb an den Schulen für jene, die ihn brauchen, soll gewährleistet bleiben. Im Kindergarten-Bereich gibt es bei Stufe "rot" u.a. keine Durchmischung der Gruppen. Kindern im verpflichtenden letzten Kindergartenjahr ist dann das Fernbleiben gestattet.

Steht die Ampel auf "grün", soll es an den Schulen weitestgehend Normalbetrieb geben. Es gelte überall, Vorbereitungen zu treffen, indem etwa ein Krisenteam eingerichtet wird. Ab Stufe "gelb" gilt durchgehend Mund-Nasen-Schutz-Pflicht außerhalb von Klassenräumen. Im Unterricht soll es keine Maskenpflicht geben, wie Faßmann erneut betonte. Gesungen soll im gelben Modus jedoch in der Klasse nur mit Maske oder draußen werden. Sportliche Betätigung gibt es dann nur noch outdoor, auf Kontaktsportarten muss verzichtet werden.

Ab Ampelfarbe "orange", die laut Faßmann "eine deutliche Ausweitung der Infektion" bedeutet, wechseln die Sekundarstufen-II-Schüler dann in den "flexiblen" Heimunterricht. Die Schulen können in diesem Rahmen auch autonom entscheiden, kleinere Gruppen weiterhin im Präsenzbetrieb zu unterrichten - allerdings unter Auflagen. Für alle Jüngeren gibt es ab dieser Eskalationsstufe keine Schulveranstaltungen mehr und Singen nur noch im Freien. Auch Lehrerkonferenzen werden dann nur noch online abgehalten.

Insgesamt sollen beim Wiedereinstieg in den Schulbetrieb vor allem Kontakte innerhalb der Klasse dominieren, um die möglichen Verbreitungswege in engeren Grenzen zu halten. "Das hat konkrete Auswirkungen, beispielsweise bei der Pausengestaltung", so der Minister. Neben dem Einhalten der Empfehlungen zum Händewaschen, zur Hust- und Nieshygiene sowie zum Abstandhalten, soll auch während des Unterrichts im 20-Minuten-Takt gelüftet werden. Man folge hier den Ratschlägen von Experten, um die Aerosol-Last in der Raumluft zu reduzieren, sagte Faßmann.

Zeigt ein Schüler Symptome eines Covid-19-Infekts, für den es keine andere einleuchtende Ursache gibt, gilt es zuhause zu bleiben. Bei einem Verdachtsfall in der Klasse wird das betroffene Kind abgesondert und die Gesundheitsbehörden informiert. Diese entscheidet dann, ob die Abklärung vor Ort erfolgt und über Testungen von Kontaktpersonen.



Alle drei Wochen sollen im Rahmen eines Monitorings in Zusammenarbeit mit mehreren Universitäten 15.000 Schüler und 1.200 Lehrer an 250 Schulen über ganz Österreich verteilt getestet werden. Bei der Probenahme wird die Gurgelmethode zum Einsatz kommen. Faßmann kündigte überdies eine eigene Corona-Hotline unter der Nummer 0800 21 65 95 an.

4. Corona-Virus: „Ampel-Test“ erfolgreich verlaufen

Die Corona-Ampel ist am Donnerstag, 27.8.2020 in den Testbetrieb gegangen. Dabei hat sich die Kommission erstmals zusammengesetzt, um anhand der Indikatoren die epidemische Lage in den Regionen einzuschätzen. Wesentliche Faktoren bei der Einschätzung sind die Anzahl der neuen Fälle, mögliche Clusterbildung, die verfügbaren Ressourcen im Gesundheitswesen und die Zahl der durchgeführten Tests in der jeweiligen Region. Es wurde allerdings noch nicht bekannt gegeben, welche Farbe derzeit für welchen Bezirk gilt. Bis zum offiziellen Einsatz der Ampel am 4. September müsse laut Gesundheitsministerium noch geklärt werden, wie sich Ballungsräume auf das Infektionsgeschehen auswirken.

Weitere Informationen unter folgendem Link:

5. Schule im Herbst 2020 – Konzept für einen erfolgreichen Schulstart

Die vorliegenden Publikationen bieten einen umfassenden Überblick über all jene Faktoren, die für einen gelungenen Schulstart im Zusammenhang mit COVID-19 von Relevanz sind. Sie geben eine kompakte Info über den aktuellen Stand der Forschung, definiert den rechtlichen Rahmen, in dem sich das BMBWF im Zusammenhang mit COVID-19 bewegt, stellt pädagogische Leitlinien und Hygienemaßnahmen für den Schulbetrieb dar und bietet Unterstützungsangebote – von Distance-Learning, Buddy-Systemen und Hotlines:

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte den folgenden Beilagen:

- Schule im Herbst 2020 – Ein Konzept für einen erfolgreichen Start von Schulen und Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen; Link: <https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/beratung/corona/schuleimherbst.html>
- Erlass des BMBWF an alle Bildungsdirektionen – Schule im Herbst 2020; Link: <https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/beratung/corona/schuleimherbst.html>
- Corona-Ampel an Schulen und elementarpädagogischen Einrichtungen; Link: <https://tibs.at/index.php/content/corona-ampel-fuer-den-herbst-2020>
- Die Corona-Ampel auf einen Blick; Link: <https://tibs.at/index.php/content/corona-ampel-fuer-den-herbst-2020>
- Alle Details zu Hygiene- und Präventionskonzepten; Link: <https://tibs.at/index.php/content/corona-ampel-fuer-den-herbst-2020>

6. Schulstart für viele Familien in der Corona-Krise eine besondere Herausforderung

„Ein neues Schuljahr bedeutet für einkommensschwache Familien eine enorme finanzielle Belastung. Dieses Jahr verschärft sich die Situation aufgrund der Corona-Krise. Existenzielle Ängste aufgrund von Kurzarbeit oder Jobverlust und die Unsicherheit wegen möglicher Schulschließungen lassen viele Eltern sorgenvoll in den Herbst blicken“, sagt Klaus Schwertner, Caritas Generalsekretär der Erzdiözese Wien. 300.000 Kinder und Jugendliche leben schon bisher in



einkommensarmen Haushalten. Die Caritas geht davon aus, dass die soziale Ungleichheit in Folge der Pandemie weiter zunehmen wird: „Die Corona-Krise hat jede und jeden von uns in irgendeiner Weise getroffen, am härtesten aber die Schwächsten in unserer Gesellschaft – und dazu zählen auch Schülerinnen und Schüler aus benachteiligten Familien. Die Krise macht jene noch ärmer, die es vorher schon waren. Und sie vergrößert Ungleichheiten im Bildungssystem und dadurch die Chancen im weiteren Leben. Wir dürfen uns niemals mit Kinderarmut abfinden und müssen jedes Kind auf die Bildungsreise mitnehmen“, so Schwertner weiter.

Mit der Schulstartaktion will die Caritas genau diesen Familien und Kindern ganz konkret beim Start ins neue Schuljahr helfen und bietet in den carlas Schultaschen, Schultüten, Turnbeutel, Federpennale und vieles mehr zu günstigen Preisen an. „Wir freuen uns über weitere Spenden! In unseren beiden Second-Hand-Drehscheiben in Wien können gut erhaltene Schulsachen weiterhin während der Öffnungszeiten abgegeben werden. So können wir noch mehr Familien beim Start ins neue Schuljahr unterstützen“, sagt carla Leiterin Elisabeth Mimra.

Armutsprävention durch Bildung

In Österreich leben rund 330.000 Kinder und Jugendliche in einkommensarmen Haushalten. Bildung wird in Österreich stark vererbt. Dabei ist sie die beste Armutsprävention. Daher hat die Caritas 2007 mit den „Caritas Lerncafés“ ein kostenloses Lern- und Nachmittagsbetreuungsangebot ins Leben gerufen – mit dem Ziel, Kinder und Jugendliche aktiv auf ihrem Bildungsweg zu unterstützen. Mittlerweile gibt es 54 Caritas Lerncafés in ganz Österreich, wo Freiwillige über 2000 Kinder und Jugendliche beim Lernen unterstützen. Neben der gezielten Hilfestellung bei den Hausaufgaben, Stärkung der Deutschkenntnisse und der Vorbereitung auf Schularbeiten und Tests geht es den BetreuerInnen auch darum, den Kindern Freude am Lernen zu vermitteln. Martina Polleres-Hyll, Leitung Caritas Lerncafés: „Die Zeit des Lockdowns war für die Familien besonders fordernd. Vielfach haben Kinder nicht die technischen Mittel wie Laptops, Smartphones oder Drucker und Internet, um Zuhause dem Unterricht folgen zu können. Oft arbeiten Eltern von sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern noch dazu in systemkritischen Berufen und hatten daher nur eingeschränkte Möglichkeiten, ihre Kinder zu unterstützen. Der Bedarf ist sehr hoch, die Wartelisten auf einen Platz im Lerncafé sind lang.“ Während der Schutzmaßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus mussten die Lerncafé-Standorte vorübergehend auf Ferncafés umstellen. In der Zeit, in der die Kinder die Schulaufgaben alleine bewältigen mussten, unterstützten die Teams aus der Ferne etwa mit fixen telefonischen Lernterminen und halfen so, die gestellten Aufgaben zu bewältigen. In den neun Lerncafés in Wien und Niederösterreich (fünf Standorte davon alleine in Wien) wurden im vergangenen Schuljahr mehr als 360 Kinder unterstützt.

7. Corona-Sonderbetreuungszeit soll verlängert werden

Die im Corona-Lockdown angebotene Sonderbetreuungszeit für Eltern soll verlängert werden - und zwar bis Ende Februar 2021. Eigentlich wäre die Maßnahme Ende September ausgelaufen.

Das bestehende Modell sieht vor, dass Arbeitnehmer drei Wochen freinehmen können, wenn sie wegen Schul- und Kindergartenschließungen keine Möglichkeit zur Betreuung von Kindern oder Behinderten haben. Ein Drittel der Lohnkosten übernimmt in diesem Fall der Staat. Rechtsanspruch gibt es allerdings keinen, es muss die Zustimmung des Arbeitgebers eingeholt werden. Angesichts auch im Herbst und Winter drohender neuerlicher Schul- oder Kindergartenschließungen war der Ruf nach einer Verlängerung der Maßnahmen laut geworden. Zuletzt plädierte auch Arbeitsministerin Christine Aschbacher für eine Verlängerung.



Bisher haben laut Kanzleramt rund 30.000 Kinder von der Sonderbetreuungszeit profitiert, mehr als 25.000 arbeitende Personen haben die Sonderbetreuungszeit in Anspruch genommen. Davon waren 66 Prozent Frauen und 34 Prozent Männer. 57 Prozent haben die Sonderbetreuungszeit bis zu drei Wochen, 22 Prozent bis zu zwei Wochen und 21 Prozent bis zu einer Woche in Anspruch genommen. 3.841 Unternehmen haben bisher 4.385 Anträge auf Sonderbetreuungszeit eingebracht. Am häufigsten wurde das Modell in Wien (968 Unternehmen), Oberösterreich (848 Unternehmen) und in Niederösterreich (529 Unternehmen) beantragt.

Die Bundesregierung wolle am "Erfolgskonzept" weiter festhalten, "denn für Familien waren die vergangenen Monate eine besondere Herausforderung in der Vereinbarkeit von Familie, Kinderbetreuung und Beruf", hieß es gegenüber der APA aus dem Kanzleramt. Der Plan sieht vor, dass auch jene, die bereits die Sonderbetreuungszeit in Anspruch genommen haben, erneut einen Antrag stellen können. Die Sonderbetreuungszeit wird demnach wochen-, tage- und halbtagsweise in Anspruch genommen werden können, um die Flexibilität für Familien sicherzustellen.

8. BM Anschober: Corona-Lage relativ stabil, aber Trends verstärken sich

242 Neuinfektionen werden aktuell in Österreich gemeldet, denen stehen 99 Neu-Genesene gegenüber. Die Zahl der aktiv Erkrankten ist damit in den vergangenen Wochen deutlich auf heute 3.105 gestiegen. Während die Zahl der Erkrankten in Spitalsbehandlung auf Normalstationen gestiegen ist, bleibt die Zahl der Corona-PatientInnen auf Intensivstationen mit 23 weiterhin stabil.

Mit heutigem Tag ist die Zahl der in Österreich durchgeführten Tests auf mehr als 1,1 Millionen gestiegen. Es zeigt sich eine weitere Verstärkung des Trends zu immer mehr Positivtests aus dem unmittelbaren Kontaktumfeld von Infizierten (K1) und zu immer jüngeren Betroffenen und auch zu mehr Menschen ohne Symptome. Weiterhin sehen wir in Österreich viele kleinere Cluster, unter anderem im Bereich von Familien und privaten Feiern. Reiserückkehrende mit Infektionen stellen noch immer einen erheblichen Anteil dar, scheinen jedoch in ersten Bundesländern leicht zurückzugehen.

Auffällig ist heute auch ein notwendiges Großscreening durch die Gesundheitsbehörde nach einem positiven Testergebnis in einem Fitnessclub in Niederösterreich.

BM Anschober: „Derzeit besteht eine enorme Herausforderung für die regionalen Gesundheitsbehörden, die regionalen Gesundheits-Cluster einzudämmen. Sie machen diese derzeit entscheidende Arbeit mit großem Engagement und hoher Kompetenz. Europaweit sind teilweise deutliche Zuwächse bei den Infektionszahlen zu sehen - vor allem in Spanien, Frankreich, aber auch z.B. in Kroatien und dem Kosovo.“

9. Hilfsfonds: Vereine nehmen Hilfe in Anspruch

Der Corona-Unterstützungsfonds für Non-Profit-Organisationen hat mittlerweile mehr als 107 Millionen Euro an Hilfen zugesagt, wie Vizekanzler Werner Kogler am Montag mitteilte. Mehr als 5.200 Anträge seien bereits positiv erledigt worden. Auszahlungen können gemeinnützige Vereine aus allen Bereichen beantragen, wie etwa Freiwillige Feuerwehr, Rettungswesen, Sport, Umweltschutz, Soziales oder Brauchtum. Insgesamt stehen im NPO-Fonds 700 Millionen Euro zur Verfügung, Anträge sind noch bis Jahresende möglich.

Weitere Informationen unter Link: <https://kurier.at/politik/inland/corona-hilfsfonds-107-mio-euro-fuer-non-profit-organisationen-zugesagt/401010083>



10. Positiv Geteste in Österreich immer jünger

In den vergangenen Tagen wurden in Österreich 295 Personen positiv getestet. Gesundheitsminister Rudi Anschober: „Das ist wie in ganz Europa eine starke Steigerung. Dennoch ist es wichtig, auf eine in Österreich sehr hohe Zahl von Testungen zu verweisen, die in den vergangenen 24 Stunden bei 13.821 gelegen ist. Die Testungen von Kroatien-Rückkehrerinnen und -Rückkehrern sind dabei lediglich in ersten kleinen Teilen beinhaltet.“

Insgesamt zeigt sich in den vergangenen drei Wochen laut den Zahlen der AGES eine massive Zunahme von Infektionen bei Rückkehrerinnen und Rückkehrern aus Kroatien: Waren es vor drei Wochen lediglich neun, in der vorletzten Woche 39, so stieg diese Zahl in der vergangenen Woche dramatisch auf 190 an.

Das österreichweite freiwillige Testprogramm für zwischen dem 7. und dem 16. August aus Kroatien Zurückgekehrte wird enorm in Anspruch genommen und sorgte etwa gestern bei 1450 durch eine Rekordmenge von 43.000 Anrufen für heiße Drähte und eine enorme Belastung.

Auch die dramatische Veränderung der Altersstruktur der positiv Getesteten setzt sich fort: Seit April ist der Altersdurchschnitt der Personen mit einem positiven Testergebnis um 20 Jahre auf mittlerweile 32,2 Jahre gesunken (7-Tages-Durchschnitt). Die Personengruppe zwischen 15 und 24 ist die mit Abstand größte Gruppe.

Anschober: „Während ältere Menschen deutlich weniger betroffen sind, weil sie offensichtlich vorsichtiger sind und sich besser schützen, besitzt ein kleiner Teil der Jugendlichen offensichtlich nicht mehr das notwendige Risikobewusstsein und glaubt, dass Junge nicht betroffen sind. Das stimmt aber nicht: Das Corona-Virus macht vor niemandem halt und jeder kann auch als Infizierter einen Beitrag zur Ausbreitung leisten. Daher mein dringender Appell vor allem an die Jugendlichen: Verantwortung übernehmen, vorsichtig sein und die grundsätzlichen Maßnahmen wie Hygiene, Abstandsregelungen und wo erforderlich MNS konsequent beachten. Nur dann schaffen wir es, sicher durch die nächsten Monate zu kommen!“

11. Neue COVID-19 Novelle unter den Gesichtspunkten des VfGH-Erkenntnisses weiterhin problematisch

Die vom Gesundheitsministerium vorgelegte Novelle zum Covid-19-Gesetz ist aus Sicht von Verfassungsrechtler Bernd-Christian Funk nicht wirklich geeignet, um die durch den VfGH-Spruch offenbar gewordenen Probleme zu lösen. Die neue Bestimmung für Betretungsverbote bringe "mehr Unklarheit als bisher". Und mit der neuen Kontakt-Tracing-Regelung seien "Konflikte vorprogrammiert", sagte Funk.

Jedenfalls repariert werden muss, meint Funk, an dem Gesetzesentwurf genau die Bestimmung, mit der Gesundheitsminister Rudolf Anschober (Grüne) auf das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes reagiert. Damit war seine Verordnung zu den Ausgangsbeschränkungen aufgehoben worden, weil sie über den vom Gesetz gesteckten Rahmen hinausging. Dieses lässt bisher nämlich keine Beschränkungen für den öffentlichen Raum generell zu.

Deshalb soll jetzt laut Ministerium eine gesetzliche Grundlage für eine "aus epidemiologischer Sicht notwendige Regelung" zum "Betreten öffentlicher Orte schlechthin" geschaffen werden. Der Minister soll ermächtigt werden, beim Auftreten von Covid-19 per Verordnung "das Betreten von 1. bestimmten Orten oder 2. öffentlichen Orten" zu regeln - es also zu verbieten oder nur mit bestimmten Auflagen oder Voraussetzungen zuzulassen.



Das lasse aber sowohl sprachlich als auch in der Sache "große Zweifel offen und schafft mehr Unklarheit als bisher", befand Funk. Die Unterscheidung zwischen "bestimmten Orten" (gemeint wohl die im vorangehenden Paragraphen genannten Betriebsstätten, Arbeitsorte und Verkehrsmittel) und "öffentlichen Orten" in ihrer Gesamtheit sei logisch unplausibel und mache rechtlich "praktisch eine völlige Unbestimmtheit" auf.

"Rechtspolitische Unschärfe" attestierte Funk auch der Regelung, mit der das Auffinden und die Information von Kontaktpersonen bei einem Krankheitsfall verbessert werden soll. Dafür sollen Betriebe, Veranstalter und Vereine verpflichtet werden, Kontaktdaten von Gästen, Besuchern, Kunden und Mitarbeitern für 28 Tage aufzubewahren und den Gesundheitsbehörden im Anlassfall zur Verfügung zu stellen - aber nur, wenn die Betroffenen ausdrücklich zustimmen. Gleichzeitig wird in den Erläuterungen festgehalten, dass der Eintritt zu Veranstaltungen oder eine Dienstleistung nicht verweigert werden darf, wenn die Einwilligung zur Datenverarbeitung nicht gegeben wird.

Da habe man die "heiße Kartoffel" zu den Betrieben verschoben, konstatierte Funk, denn sie hätten damit die Verantwortung für eine mögliche Erhöhung der Ansteckungsgefahr, wenn sie Leute ohne Aufnahme der Kontaktdaten zu Veranstaltungen zulassen müssen - weil sie ihnen nicht den Zutritt verwehren können. Konflikte seien damit vorprogrammiert, stellte der Verfassungsrechtler fest.

12. Corona-Virus: Zahl der Einbürgerungen sank im ersten Halbjahr wegen Corona-Pandemie

Die Zahl der Einbürgerungen in Österreich ist im 1. Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahres-Vergleichszeitraum um 20,5 Prozent gesunken - von 5.349 auf 4.254. Der seit 2011 beobachtbare Trend steigender Einbürgerungszahlen setzte sich damit vorläufig nicht fort, so die Statistik Austria in einer Aussendung. Grund ist laut der Statistik-Behörde u. a. der Corona-bedingt eingeschränkte Parteienverkehr.

Zuvor zeichnete sich bereits im ersten Quartal ab, dass die Zahl der Einbürgerungen entgegen dem langjährigen Trend rückläufig ist: Für die ersten drei Monaten meldete die Statistik Austria im Mai ein Minus von 11,3 Prozent. Betrachtet man die Zahlen des nun auch vorliegenden zweiten Quartals alleine, so lag in diesen drei Monaten der Rückgang gegenüber dem Vergleichszeitraum 2019 bei 30,3 Prozent, geht aus den am Mittwoch veröffentlichten Daten hervor. Mehr als ein Drittel der im 1. Halbjahr 2020 eingebürgerten Personen wurde bereits in Österreich geboren (1.534 bzw. 36,1 Prozent). Mehr als die Hälfte davon waren weiblich (54,3 Prozent). Der Anteil der Kinder unter 18 Jahren betrug 33 Prozent.

Der Großteil der neuen Österreicher (1.781 oder 41,9 Prozent) gehörte vor der Einbürgerung einem der folgenden fünf Staaten an: Serbien (503), Bosnien und Herzegowina (477), Türkei (397), Kosovo (231) und Iran (173).

Der Trend der sinkenden Einbürgerungszahlen spiegelt sich auch im Bundesländer-Vergleich wider. Nur in Kärnten erfolgten mehr Einbürgerungen als im ersten Halbjahr 2019, nämlich um 28,1 Prozent (auf 187 Fälle). Der größte prozentuelle Rückgang wurde im Burgenland verzeichnet (minus 32,7 Prozent auf insgesamt 72 Einbürgerungen) - sowie in Salzburg (minus 29,3 Prozent auf 171) und in Wien (minus 28,2 Prozent auf 1.685). Danach folgen die Länder Oberösterreich (minus 20,6 Prozent auf 608), Niederösterreich (minus 14,4 Prozent auf 610), die Steiermark (minus 12,7 Prozent auf 412) sowie Tirol (minus 6,6 Prozent auf 299) und Vorarlberg (minus 1,0 Prozent auf 198).

Der überwiegende Teil der Einbürgerungen im 1. Halbjahr 2020 erfolgte laut Statistik Austria aufgrund eines Rechtsanspruchs (2.640 Personen bzw. 62,1 Prozent). Darunter fallen etwa Personen mit sechs- bzw. zehnjährigem Wohnsitz in Österreich in Verbindung mit "besonders berücksichtigungswürdigen Gründen". Zu diesen Gründen zählen



u.a. nachgewiesene Deutschkenntnisse und nachhaltige Integration, EWR-Staatsangehörigkeit, Geburt in Österreich oder eine Asylberechtigung.

486 Personen erhielten die Staatsbürgerschaft aufgrund einer Ermessensentscheidung der zuständigen Behörde. Unter dem Titel "Erstreckung der Verleihung" wurden 1.128 Personen eingebürgert. Dies bedeutet, dass in bestimmten Fällen die Verleihung der Staatsbürgerschaft auf den Ehepartner oder den eingetragenen Partner sowie auf Kinder erweitert werden kann. 133 Ehegatten sowie 995 Kinder wurden auf diese Weise eingebürgert.

13. Corona-Virus: Mehr Kunststoff durch COVID-19

Die Coronakrise hat Kunststoffen zu einem Comeback verholfen: Einmalhandschuhe, Essens-Verpackungen und Desinfektionsfläschchen gelten als hygienischer Schutz vor einer Ansteckung mit dem Virus. Die logische Folge davon: Es fällt mehr Kunststoffmüll an, der eigentlich vermieden werden sollte. In Deutschland landen seit Anfang der Pandemie gut sieben Prozent mehr Verpackungsabfälle in der Gelben Tonne von Privathaushalten. Nur ein geringer Anteil vom Verpackungsmüll wird aber recycelt. Das liegt vor allem am günstigen Preis für Erdöl, der durch Corona nochmals gesunken ist: Neuplastik ist um einiges günstiger als recycelte Stoffe.

Vergleichen Sie bitte weitere Informationen unter folgendem Link: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/recycling-luege-die-neue-muellflut-durch-corona-a-00000000-0002-0001-0000-000172636952>

14. Corona-Virus: Kommunalkredit Austria erwartet herausforderndes zweites Halbjahr

Die 2015 privatisierte Kommunalkredit Austria rechnet damit, dass das zweite Halbjahr aufgrund der Coronakrise "herausfordernd" wird. "Liquiditätsgpässe bei Kunden bzw. Projekten könnten zu einer Vorsorgebildung bei der Kommunalkredit führen und Auswirkungen auf die Neugeschäftsvolumina nach sich ziehen", schreibt der Vorstand im aktuellen Halbjahresfinanzbericht.

Wie genau sich die Coronapandemie und der Wirtschaftseinbruch auf das Geschäft der Kommunalkredit auswirken wird, kann das Finanzinstitut aktuell noch nicht abschätzen. "Da sich die Situation schnell entwickelt und endgültige Auswirkungen noch nicht absehbar sind, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine quantitative Schätzung der Effekte auf die Kommunalkredit abgegeben werden", so Firmenchef Bernd Fislage und Vorstand Jochen Lucht. Der Fokus der Bank auf Infrastruktur- und Energiefinanzierungen habe sich in der Vergangenheit aber "als weitgehend krisenresistent herausgestellt".

Die Kommunalkredit erwartet mehr Investitionsbedarf im Infrastrukturbereich und damit auch möglicherweise mehr Geschäft für die Bank. Investitionen in die Instandhaltung und Modernisierung von Infrastruktur in den Bereichen Versorgung, Transport, Soziale Infrastruktur und Digitalisierung würden "auch künftig ungebrochen hoch sein und noch mehr an Relevanz gewinnen".

15. Corona-Virus: Die Spätfolgen einer Corona-Erkrankung



Bisher galt COVID-19 als reine Atemwegserkrankung. Doch immer mehr Befunde geben Anlass zu einer Neubewertung des Coronavirus: Es kann auch Herz, Gehirn, Gefäße, Darm und Nieren angreifen - und womöglich dauerhaft schädigen. Nun sollen große Studien Art und Ausmaß von Langzeiteffekten prüfen.

Weitere Informationen hierzu unter Link: <https://www.mdr.de/brisant/corona-spaetfolgen-covid-neunzehn-100.html>

16. Corona-Virus: Harsche Kritik der Volksanwaltschaft an Freiheitsentzug in Heimen

Die Volksanwaltschaft widmet in ihrer Stellungnahme den Zwangsmaßnahmen in Pflege- und Altersheimen breiten Raum und warnt vor einer neuerlichen Vorgehensweise wie im Frühjahr, wo Menschen wochenlang "präventiv" isoliert wurden. Der Gesetzesentwurf sehe "keinerlei rechtsstaatliche Sicherungsmechanismen als Korrektiv vor überschießenden Ausgangs- und Betretungsverboten vor".

Menschen in Alten- und Pflegeheimen sowie in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung seien beim Lockdown "unvergleichbar stärker" in ihren Grundrechten und ihrer persönlichen Freiheit eingeschränkt worden als der Rest der Bevölkerung. "Aus grund- und menschenrechtlicher Perspektive sollte es daher nicht wieder dazu kommen, dass die fehlende Kontrolle über das Infektionsgeschehen mit der absoluten Kontrolle über jene, die in Bezug auf Covid-19 als Risikopatienten gelten, kompensiert wird."

Sowohl Kommissionen der Volksanwaltschaft als auch die Bewohnervertretungsvereine seien "immer wieder mit Sachverhalten konfrontiert, die grundrechtlich höchst bedenklich sind". So gebe es mehrere Fälle von Rücküberstellungen aus Spitälern bzw. Neuaufnahmen in Pflegeheime, in denen auf Anordnung der Heimleitung trotz vorangegangener negativer PCR-Tests wegen "potenziell gegebener Ansteckungsgefahr" 14-tägige Zimmerquarantänen verhängt wurden. Auch Bewohner, die während des Lockdowns das Einrichtungsareal alleine oder in Begleitung von Angehörigen für wenige Stunden verließen, wurden danach zu einer 14-tägigen Zimmerquarantäne verdonnert. Mit der Anordnung wiederholter "vorsorglicher" 14-tägiger räumlicher Absonderungen reagierten einige Einrichtungen auch dann, wenn sich Bewohner regelmäßig ambulanten Krankenbehandlung unterziehen mussten und nicht klar war, ob sie sich dort nicht auch infiziert haben könnten.

"Unspezifische und in das Recht auf persönliche Freiheit massiv eingreifende Präventionsmaßnahmen mögen die gewünschte Wirkung nicht verfehlen, bleiben aber nicht ohne negative Folgen. Die räumliche Isolation verbunden mit der Einschränkung persönlicher Kontakte kann die psychische Gesundheit und den Verlauf chronischer Erkrankungen von Hochaltrigen sowie Menschen mit Behinderung innerhalb kürzester Zeit massiv verschlechtern", kritisiert die Volksanwaltschaft und fordert eine umfassende Strategie zum Schutz dieser kritischen Einrichtungen ohne derart massive Freiheitseinschränkungen.

Weitere Informationen unter Link https://volksanwaltschaft.gv.at/downloads/adgkn/stellungnahme-der-va-zur-novelle-des-epidemiegesetzes-1950_26-08-2020_1.pdf und https://volksanwaltschaft.gv.at/artikel/Achitz-Neues-Corona-Gesetz-muss-Verhaeltnismaessigkeit-von-Grundrechtseingriffen-sicherstellen?topic_type=aktuelles&archiv=0



17. Corona-Virus: Bauindustrie fordert mehr Unterstützung der Gemeinden durch Staat damit Bauinvestitionen wieder anspringen

Porr-Generaldirektor Karl-Heinz Strauss hofft nach dem Durchhänger durch die Coronakrise auf ein Wiederanspringen der Bauinvestitionen ab Herbst im privaten und öffentlichen Bereich. Durch den Shutdown sei man drei bis fünf Wochen in Verzug geraten, neben ÖBB, Asfinag und BIG hoffe man auch auf einen Schub seitens der Gemeinden, die aber ihrerseits mehr Geld bräuchten, sagte Strauss am Mittwoch.

Die "Gemeindemilliarde" der Bundesregierung als Unterstützung für Investitionen in der Krise ist Mitte Juni im Parlament beschlossen worden - aus Sicht von Strauss würden die Gemeinden eher zwei bis zweieinhalb Milliarden benötigen. Denn der Einnahmefall durch Corona sei für die Kommunen "dramatisch".

Derzeit arbeite man bis zum Ende des Sommers die Bauaufträge aus dem Frühjahr ab, "schauen wir, was dann nachkommt", meinte der Porr-Chef vor Journalisten. Derzeit verfüge man mit 7,6 Mrd. Euro über einen Auftragspolster, der mehr als eineinhalb Jahre nach vorn reiche - die Produktionsleistung dürfe heuer knapp über 5 Mrd. Euro liegen. Ab Herbst sollten die Investitionen aber wieder anspringen, wobei er hoffe, dass der Markt nicht wieder überhitze. Im Frühjahr sei man drei, vier, fünf Wochen durch den covid-19-bedingten Lockdown "gestanden", teils seien bestimmte Projekte sogar noch länger in Verzug geraten. In dieser Zeit habe man geringere Erlöse erzielt, viele Kosten seien aber weitergelaufen. Aus Sicht der Bauwirtschaft sei der mehrwöchige Bau-Stillstand in Österreich unnötig gewesen, so Strauss - die auf Sozialpartnerebene erarbeiteten Sicherheitsmaßnahmen hätten gezeigt, dass sehr wohl gearbeitet werden könne. "Die Leistung, die wir durch den Shutdown verloren haben, können wir heuer nicht aufholen, die ist einfach weg", so Strauss, der betont, dass man derzeit ohnedies unter Volllast arbeite. Von allen Porr-Märkten habe es außerhalb Österreichs nur in Norwegen einen Shutdown gegeben, allerdings habe sich der auf einen Einreisestopp bezogen, von dem viele Expats im Bausektor betroffen gewesen seien.

Porr wird aufgrund der Corona-Erfahrungen das seit Ende 2019 laufende Ertüchtigungsprogramm "Porr 2025" noch nachschärfen und beschleunigen. Bestimmte Strukturen und Abläufe müssten noch schneller und noch umfassender angepasst und die angesetzten Effizienzmaßnahmen intensiviert werden, hieß es am Mittwoch. Bisher hat man im Rahmen des Programms zahlreiche Maßnahmen zur Optimierung von Prozessen, Investitions- und Einstellungsstopps sowie Kurzarbeit gesetzt. Heuer im ersten Halbjahr beschäftigte der Baukonzern im Schnitt 19.658 Mitarbeiter. Im Halbjahr stand unterm Strich ein Fehlbetrag von 22,7 Mio. Euro (nach 6 Mio. Euro Gewinn ein Jahr davor). Die Effekte der Pandemie auf die Bautätigkeit und das Porr-Geschäft hätten die Planung und Ziele für 2020 negativ beeinflusst: "Der Shutdown in Österreich sowie Zusatzkosten und Auflagen in vielen Ländern haben das Ergebnis im Halbjahr belastet."



Aus den Bundesländern

1. Corona-Hilfspakete des Bundes kosten das Land Niederösterreich 260 Millionen Euro

Die Corona-Pakete des Bundes werden das Land Niederösterreich laut Finanzlandesrat Ludwig Schleritzko allein im Jahr 2020 mehr als 260 Millionen Euro kosten. Auch wenn zu vielen Beschlüssen noch keine endgültigen Zahlen des Finanzministeriums zu den Folgen vorlägen, sei dieser Wert in der Budgetabteilung hochgerechnet worden.

Die Bundesländer würden einen kräftigen Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten, betonte Schleritzko.

Die für das Land errechneten Kosten setzen sich aus zwei großen "Brocken" zusammen: Das Konjunkturstärkungsgesetz, das u.a. die Senkung der Lohn- und Einkommenssteuerstufe von 25 auf 20 Prozent beinhaltet, mache 212,5 Millionen Euro aus. Das Paket zur Umsatzsteuer koste schätzungsweise 50 Millionen Euro, sagte der Landesrat.

2. Corona-Virus: Land Niederösterreich bietet freiwillige PCR-Test für PädagogInnen und Gemeindebedienstete an

Der Schulstart steht kurz bevor. Daher präsentierte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner gemeinsam mit Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl eine landesweite PCR-Test-Aktion für Pädagogen und Gemeindebedienstete. Damit soll im Hinblick auf die Covid 19-Pandemie die Ansteckungsgefahr im Öffentlichen Bereich minimiert werden. Am 7. September 2020 startet das neue Schuljahr. Daher müsse man sich vor Augen führen, dass dies aufgrund von Covid 19 ein Start ins Ungewisse sein könne, eröffnete Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner die Pressekonferenz. „Daher ist es unsere Verantwortung, alles Notwendige zu tun, um einen Regelbetrieb in unseren Schulen und Kindergärten zu ermöglichen. Denn wir alle erinnern uns an den Lockdown. Eine Situation, die sowohl die Eltern als auch die Pädagoginnen und Pädagogen herausgefordert hat“, so die Landeshauptfrau.

Die Pandemie sei noch nicht vorbei. „Was aber in wenigen Tagen vorbei ist, sind die Urlaube. Die Urlauber kehren aus den Urlaubsorten in Österreich oder aus dem Ausland zurück. Es gilt den Fokus auf jene Regionen zu lenken, wo die Zahlen angestiegen sind“, sagte sie. Man müsse daher Vorsicht walten lassen, weil rund ein Drittel aller neuinfizierten Personen Rückkehrer aus dem Urlaub und aus dem Ausland seien.

„Unsere Verantwortung ist es auch weiterhin die Menschen vor einer Infektion zu schützen und vor allem einen Lockdown zu verhindern. Deshalb sind wir rigoros, was die Maßnahmen betrifft“, ergänzte Mikl-Leitner. Sofort nach dem Steigen der Infektionszahlen seien Mund-Nasenschutz und strengste Hygienemaßnahmen in Gebäuden des Landesdienstes NÖ wieder angeordnet worden. „Und wir werden diesen Weg vorausschauend und mit Sicherheit weitergehen. Daher werden bis zur 2. Septemberhälfte auch allen Verwaltungsbediensteten das Angebot machen, sich einer PCR-Testung zu unterziehen. Wir wollen uns vor allem auf den Start unserer Kindergärten und Schulen in Niederösterreich konzentrieren“, meinte die Landeshauptfrau weiter. „Aus diesem Grund bieten wir bis zum Schulbeginn allen Pädagoginnen und Pädagogen eine freiwillige PCR-Testung an.“ Man schütze damit nicht nur die Pädagogen und Vertragsbediensteten, sondern vor allem die Kinder in den Kindergärten und Schulen, die Eltern und die Bevölkerung.

Die Kosten für die Tests für Landesbedienstete trägt das Land, für alle anderen Testungen werden die Kosten zu je 50 Prozent von Landes- und Gemeindeseite getragen. In Summe bietet man damit 52.000 Personen an, an den PCR-Testungen teilzunehmen.



3. Land Niederösterreich beschloss Corona-Bonus in der Höhe von 7,2 Millionen Euro

Die NÖ Landesregierung hat per Umlaufbeschluss die Auszahlung einer pauschalen Prämie von bis zu 500 Euro für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fixiert, die in der Zeit des Lockdowns im direkten Kontakt mit zu betreuenden Personen gestanden sind. Die Kosten für diese einmalige Förderaktion - auch als Corona-Bonus bezeichnet - betragen laut einer Aussendung vom Freitag 7,2 Millionen Euro.

Die Corona-Prämie soll an rund 13.900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der Sozialhilfe sowie 2.330 Beschäftigte im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe ausbezahlt werden. "Während des Lockdowns waren die Beschäftigten der sozialmedizinischen und sozialen Betreuungsdienste, der privaten Pflegeheime und der Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen bzw. psychischen Beeinträchtigungen, in Sozialeinrichtungen und im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe mit besonderen Herausforderungen konfrontiert", betonten die zuständigen Regierungsglieder Ulrike Königsberger-Ludwig und Christiane Teschl-Hofmeister.

4. Land Niederösterreich – „Sicher rausgehen in Niederösterreich“ macht Ausflugsziele COVID-19-sicherer

Seit Anfang Mai 2020 unterstützt die Taskforce „Sicher rausgehen in Niederösterreich“ heimische Ausflugsziele sowie Gemeinden mit ihrer kommunalen Sport- und Freizeitinfrasturktur dabei, ihren Gästen im Corona-Jahr einen sicheren Aufenthalt bieten zu können. Jetzt wurde eine erste Zwischenbilanz gezogen. „Die Betreiber von Ausflugszielen stehen in der heurigen Saison vor besonderen Herausforderungen. Einerseits werden die gesetzlichen Vorgaben laufend angepasst, gleichzeitig sind aber gerade heuer viele Ausflugsziele bei den Gästen besonders beliebt. Für die Betreiber sind daher Themen wie Sicherheit und Hygiene, Gästeeinformation und Kapazitätsmanagement besonders wichtig und die entsprechenden Angebote der Taskforce werden ganz hervorragend angenommen – es sind die richtigen Unterstützungsangebote zur richtigen Zeit“, so Tourismuslandesrat Jochen Danninger.

„Um die Betreiber von Ausflugszielen zu unterstützen, wurde seitens der Taskforce ein Bündel an Maßnahmen entwickelt. Mittlerweile war beinahe jedes Ausflugsziel in Niederösterreich mit der Taskforce in Kontakt, sei es via Download eines Handbuchs, eines Hygienekonzepts oder einer mehrsprachigen Designvorlage für die Gästekommunikation mit über 2.500 Downloads. Bei unserer Hotline wurden in den letzten Wochen mehr als 1.000 telefonische Anfragen beantwortet. Der wöchentliche Newsletter geht bereits an mehr als 400 Ausflugsziele. Diese Zahlen zeigen deutlich, dass wir mit diesem Angebot richtigliegen“, zieht Landesrat Danninger eine erste Zwischenbilanz. Isabella Hinterleitner, Leiterin des operativen Projektteams der Taskforce und Projektmanagerin der ecoplus-Tochtergesellschaft Niederösterreichische Bergbahnen – Beteiligungsgesellschaft (NÖ-BBG), über ihre Erfahrungen: „Die durch die Taskforce betreuten Ausflugsziele in Niederösterreich achten vorbildlich darauf, einen sicheren Aufenthalt für ihre Gäste zu gewährleisten. Gruppengrößen wurden reduziert, exklusive Angebote für kleinere Gruppen geschaffen, Desinfektionsmöglichkeiten bei relevanten Punkten platziert, Online-Buchbarkeit neu etabliert oder auch Registrierungsmöglichkeiten angeboten, um nur einige Beispiele zu nennen.“



In der Taskforce „Sicher rausgehen in Niederösterreich“ arbeiten unter anderem die Tourismus- und Sportabteilung des Landes, die Niederösterreich-Werbung mit den Destinationsgesellschaften sowie ecoplus, die Wirtschaftsagentur des Landes, eng zusammen. ecoplus Geschäftsführer Helmut Miernicki: „Die Tourismuswirtschaft treffen die coronabedingten Beschränkungen besonders hart. Im Rahmen der Taskforce können wir unsere Expertise einbringen und dazu beitragen, dass die Betreiber die aktuellen Herausforderungen bestmöglich meistern und dass die Gäste die Ausflugsziele in größtmöglicher Sicherheit genießen können.“

5. Corona-Virus – In Kärnten startete Screening für mobile Pflegedienste

Bei den mobilen Diensten in Kärnten startete seit 20. August 2020 ein umfassendes Coronavirus-Screeningprogramm der AGES (Agentur für Gesundheits und Ernährungssicherheit). Wie der Landespressediens mitteilte, sollen alle rund 1.700 Mitarbeiter mobiler Pflegedienste ab dem 20. August getestet werden.

Die PCR-Tests seien eine Präventionsmaßnahme, mit der die AGES einen besseren Einblick in die tatsächliche Infektionslage unter den Mitarbeitern der mobilen Dienste zu erhalten, hieß es auf Anfrage der APA seitens des Landespressediens. Die Teilnahme sei grundsätzlich freiwillig. Die Kontaktaufnahme mit den 13 Trägervereinen zur Vereinbarung der konkreten Termine habe bereits begonnen.

In den Kärntner Altenwohn- und Pflegeheimen wurden bereits alle Bewohner und Mitarbeiter in einer Screeningreihe des Landes Kärnten getestet, erinnerte Gesundheitsreferentin Beate Prettnner (SPÖ).

6. Corona-Virus – In Salzburg gibt es große Unterschiede bei Quarantäne-Kontrollen

Bei der Kontrolle der behördlich angeordneten Quarantäne gibt es in Salzburg große Unterschiede zwischen den Bezirken. Während es in der Stadt Salzburg bisher 2.000 Überprüfungen gab, waren es im Lungau lediglich zwei. Auch aus den anderen Bezirken melden die Behörden niedrige Zahlen: 19 Kontrollen waren es im Pongau, ein gutes Dutzend im Flachgau, sieben im Tennengau und fünf im Pinzgau.

Der Unterschied liegt zum einen darin, dass es Bezirke gibt, wo wegen geringer Fallzahlen auch weniger Quarantäne-Bescheide von den Gesundheitsbehörden ausgestellt worden sind. Zum anderen verfügt die Landeshauptstadt mit dem Amt für öffentliche Ordnung und der Ordnungswache über ein eigenes Organ für Kontrollen. "Jede Quarantäne wird in der Stadt mindestens einmal kontrolliert", sagte ein Sprecher der Stadt zur APA.

Während am Anfang die Menschen bei den Kontrollen mitunter noch sehr skeptisch gewesen seien, sei mittlerweile eine gewisse Normalität eingetreten. "Es ist Alltag geworden, dass Personen in Quarantäne müssen. Probleme gibt es kaum, die Disziplin ist hoch." Die Zahl der Anzeigen beim Strafamts bezifferte die Stadt mit rund 20 - sie macht damit rund ein Prozent der Kontrollen aus. "Fast immer wurden dabei Leute nicht zuhause angetroffen." Nicht jeder Fall führte letztlich aber zu einem Strafverfahren.

Auch in den anderen Bezirken hätten die Kontrollen nur ein Einzelfällen Verstöße aufgezeigt, sagte eine Sprecherin des Landes Salzburg zur APA. Die hohe Disziplin dürfte dabei trotz der geringeren Zahl an Überprüfungen mit der erhöhten sozialen Kontrolle am Land zu tun haben: Weniger Anonymität führt offenbar dazu, dass sich Betroffene stärker an die



Auflagen halten. Die Behörden seien zwar sehr wohl auf den einen oder anderen Unbelehrbaren gestoßen. "Ein Teil der Verstöße war aber auch Missverständnissen geschuldet, etwa wann zum Beispiel eine Quarantäne exakt endet." Eine Zusammenarbeit der Gesundheitsbehörden mit der Polizei beim Überprüfen der Absonderungsbescheide gab es in Salzburg Land offenbar nur in Einzelfällen - etwa, wenn der Aufenthalt von Personen ermittelt werden musste oder sich Menschen mehrfach nicht an die Auflagen hielten. Wie Polizeisprecher Hans Wolfgruber am Dienstag zur APA sagte, sei die Polizei im Bundesland bisher acht Mal zur Unterstützung angefordert worden. Eine Anforderung könne dabei jedoch die Überprüfung gleich mehrerer Personen - etwa in einem Cluster - betreffen. Im Falle des Contact-Tracings sei man fünf Mal von den Behörden um Unterstützung gebeten worden.

7. Corona-Virus – Leitfaden für Schulen und Kindergärten im Bundesland Burgenland

Im Burgenland haben Land und Bildungsdirektion einen Corona-Leitfaden für Schulen und Kindergärten erstellt. Auf diese Weise soll eine Ausbreitung des Coronavirus in Bildungseinrichtungen eingedämmt und dennoch ein weitestgehend normaler Unterricht gewährleistet werden, erläuterte Landesrätin Daniela Winkler.

Die in den burgenländischen Schulen verwendeten elektronischen Programme seien nicht nur gute Voraussetzungen für alternative Unterrichtsformen, sondern garantierten auch eine rasche, sichere und umfassende Kommunikation.

Eine Information für die Eltern und Pädagogen wurde an alle Schulen sowie an Kindergärten und Kinderkrippen versandt. Die Eltern erhalten dieses Schreiben von den jeweiligen Einrichtungen. Im Leitfaden finden sich allgemeine Informationen zu Covid-19, zu den Ansteckungsgefahren sowie zu den Vorsorgemaßnahmen ebenso wie zu grundlegenden pädagogischen und hygienischen Maßnahmen.

Nur fünf Prozent aller Covid-19-Erkrankten sind Kinder. Wenn ein Kind ein Verdachtsfall ist, bleiben alle anderen Kinder im Kindergarten oder in der Schule. Erst wenn ein Kind positiv getestet ist, müssen sich seine engen Kontaktpersonen in eine zehntägige Quarantäne begeben. Aber ein Sperren von Gruppen oder Klassen wird es nicht geben.

"Obwohl das Distance Learning ganz gut funktioniert hat, kann es den Regelunterricht nicht gänzlich ersetzen, daher ist eine Aufrechterhaltung des Regelunterrichts wichtig", sagte Bildungsdirektor Heinz Josef Zitz. Die konkrete Umsetzung einzelner Maßnahmen im Unterricht müsse sich dann an der Corona-Ampel und der jeweiligen von den Gesundheitsbehörden festgelegten Ampelphase orientieren. Genaue Informationen, wann welche Phase zu Anwendung kommt, würden aber noch vom Bildungsministerium erwartet.

Um Corona-Maßnahmen im Bildungsbereich unverzüglich umzusetzen und relevante Informationen so schnell wie möglich im Umlauf bringen zu können, setze das Burgenland mit den Systemen Skooly für Volksschulen und LMS für höhere Schulen auf digitale Vernetzung und nehme damit eine Vorreiterrolle ein.

Vergleichen Sie bitte weitere Informationen unter dem Link: <https://www.burgenland.at/themen/coronavirus/>



8. Corona-Virus – Bildungsdirektion Wien startet Corona-Hotline

Hotline für SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen unter 01-52525/77109 von Montag bis Freitag erreichbar

Der Schulbeginn für das Schuljahr 2020/21 wirft angesichts der aktuellen Covid-19-Situation zahlreiche Fragen für SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern auf. Um diese qualifiziert beantworten zu können, hat die Bildungsdirektion Wien ab sofort eine eigene Corona-Hotline unter der Telefonnummer 01-52525/77109 eingerichtet, an die sich alle SchulpartnerInnen wenden können.

Die Hotline ist täglich von Montag bis Freitag, jeweils von 7.30 bis 15.30 Uhr, erreichbar.

9. Corona-Virus – Bundesland Tirol – COVID-19 als Dilemma für Kinderbetreuung

Nach mehreren CoV-Fällen im Sommerkindergarten in Wattens in Tirol sind mehr als 60 Kinder und Erwachsene in Quarantäne. Die Einrichtung wurde vorerst geschlossen, was Eltern bei der Kinderbetreuung vor Probleme stellt. Im Herbst braucht es landesweit eine Strategie, wie mit derartigen Fällen umgegangen wird.

Nähere Informationen unter folgendem Link: <https://tirol.orf.at/stories/3063697/>

10. Corona-Virus – Bundesland Oberösterreich – Ab heute gilt gelockerte Maskenpflicht

Ab heute, Freitag, ersetzt die Bundesregelung zur Mund-Nasenschutzpflicht die seit 9. Juli geltenden strengeren Vorschriften in Oberösterreich. Zu diesem Schritt entschloss sich das Land nach Rücksprache mit seinen ExpertInnen, um eine bundesweit einheitliche Ausgangslage für das kommende Woche startende Corona-Ampelsystem zu schaffen. Damit fällt die allgemeine Mund-Nasenschutzpflicht in allen öffentlichen Gebäuden, Lokalen und Geschäften zugunsten der Verpflichtung zum Maskentragen nur mehr an bestimmten Orten. Dazu gehören u.a. der Lebensmitteleinzelhandel, Banken, Postfilialen, Tankstellen, Öffis, Apotheken, Krankenhäuser und Pflegeheime. Auch bei Dienstleistungen und bei Demonstrationen, wenn der Mindestabstand von einem Meter nicht eingehalten werden kann, sowie in den Amtsgebäuden der öö. Landesverwaltung in Zonen mit hoher Kundenfrequenz muss Maske getragen werden. Eine österreichweite Ausdehnung der Maskenpflicht war laut Regierungskreisen zumindest vorerst noch kein Thema. Nach dem Ministerrat kommenden Mittwoch könnten allerdings ja nach Entwicklung der Zahlen weitere Maßnahmen verkündet werden.

11. Corona-Virus – Warum die Coronaregeln für Kindergärten uneinheitlich bleiben

Der Kompetenzschubel in der Elementarbildung wurde im Lockdown besonders deutlich. Der Bund gibt Kindergärten nun Vorgaben vor, mehr als empfehlen kann er jedoch nicht.



Kritik am Konzept gibt es dennoch, und das aufgrund eines blinden Flecks, der schon während des Lockdowns aufgefallen war: Elementarpädagogische Einrichtungen wie Kindergärten und -tagesstätten sind vom Konzept zwar mitgemeint, viel mehr als eine Empfehlung kann Faßmann diesen jedoch nicht geben. Die Antwort auf die Frage nach dem Warum ist schnell gefunden: Sie nennt sich Föderalismus.

Während die heimischen Schulen und Universitäten in die Verantwortung des Bundes und damit des Bildungsministeriums fallen, sind Kindergärten eine Angelegenheit, die Länder bzw. Gemeinden individuell regeln können. Zum Kompetenzwirrwarr erschwerend hinzu kommt, dass etwa die Hälfte aller Einrichtungen nicht von öffentlichen Trägern betrieben werden, sondern vielerorts private Träger, wie Caritas oder Diakonie, dahinterstehen.

Gerade in der Betreuung von Kleinkindern sind Abstandhalten und Hygiene am schwierigsten zu handhaben. Elterliche und pädagogische Appelle nach einheitlichen Maßnahmen, wie dort mit dem Coronavirus umzugehen ist, ertönen deshalb seit Monaten. Zwar gelten nun auch für elementarpädagogische Einrichtungen das Hygienehandbuch und die Corona-Ampel, mehr als eine dringliche Empfehlung an diese sind sie jedoch nicht. Im Einzelfall entscheiden nämlich Gemeinde oder jeweiliger Träger über getroffene Maßnahmen.

Neos-Bildungssprecherin Martina Künsberg Sarre erkennt in der Coronafrage deshalb den „finalen Anlass, das Kompetenzdilemma zu lösen“, sagt sie zur „Presse“. Dazu ist allerdings eine Verfassungsänderung nötig, um die Kompetenzen der Länder auf Bundesebene zu heben und dort zu bündeln. Eine solche scheint derzeit wenig wahrscheinlich. Es werde „durch Corona zukünftig sicher noch stärker zusammengearbeitet werden“, heißt es dazu lediglich aus dem Bildungsministerium.

Für den Wiener Lehrer- und Bildungsaktivisten Daniel Landau ist nicht nachvollziehbar, dass „die gleichen Themen, die in der Schule bundesweit gelten, in den Kindergärten völlig unterschiedlich geregelt werden“. Zielführend sei vielmehr, die Maßnahmen „nicht anhand von ganz kleinen Gemeindegrenzen völlig unterschiedlich zu regeln“, sondern dem Bund zu übertragen. Das sei auch ohne Corona – bei Entlohnung oder Arbeitszeit der Pädagoginnen – notwendig. „Die Kleinteiligkeit im elementarpädagogischen Bereich ist widersinnig“, sagt Landau. Grundsätzlich brauche es für diesen „wichtigsten Bereich der institutionalisierten Bildung“ mehr Geld und eine bessere Ausbildung für Pädagoginnen. Letztere ist im türkis-grünen Regierungsprogramm bereits verankert. Auf Umsetzung aber wartet sie noch.

In den Ländern erkennt man die Problematik, die der Föderalismus bedingt, ebenfalls: „Wir sind in enger Abstimmung mit dem Land“, sagt Hans Hingshamer, Präsident des oberösterreichischen Gemeindebunds. „In der Praxis aber ist das nicht immer einfach.“ Mit den Trägern gebe es zwar Verträge, die gewisse „Steuerungsmöglichkeiten“ bereitstellten, doch seien diese limitiert. „Da gäbe es eventuell mehr Spielraum.“ Zwischen den Bundesländern gebe es ebenfalls kaum Abstimmung. Diese sei „sehr bescheiden ausgeprägt“, räumt Hingshamer auf Nachfrage ein.

In Wien verweist man auf „Presse“-Anfrage zur Handhabung ab Herbst auf die geringen Zahlen von Infektionen. „Weniger als zwei Infektionen waren in Schulen und Kindergärten“, sagt ein Sprecher von Gesundheitsstadtrat Peter Hacker (SPÖ). Die Abläufe seien gestrafft worden, Testverfahren beschleunigt. Mobile Testteams könnten „direkt angefordert“ werden. Von allen Verdachtsfällen an Schulen und Kindergärten hätten sich allerdings nur fünf Prozent bestätigt.



12. Corona-Virus – Vorarlberg-Wahlen: Corona-Schutzkonzept soll Sicherheit bieten

Ein von der Landessanitätsdirektion ausgearbeitetes Konzept soll bei den Vorarlberger Gemeindevertretungs- und Bürgermeisterwahlen am 13. September sowohl den Wählern als auch den Wahlbehörden größtmöglichen Schutz vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus bieten. An der Durchführung der Wahlen zweifelte Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) trotz steigender Infektionszahlen vorerst nicht.

Am 15. März - dem ursprünglichen Wahltermin, der infolge der Corona-Pandemie abgesagt wurde - gab es in Vorarlberg 48 bekannte Infektionsfälle, am Freitagvormittag waren es 32. "Der große Unterschied ist, dass wir seit März extrem dazugelernt haben", sagte Wallner gegenüber der APA. Im Frühjahr habe man es mit einer exponentiellen Zuwachsrate zu tun gehabt, jetzt hingegen gebe es keine unkontrollierte Verbreitung. Vielmehr schaffe man es, beim Auftreten von Fällen die Infektionskette frühzeitig zu unterbrechen. "Solange das so funktioniert, ist es beherrschbar", stellte der Landeshauptmann fest.

Er sei optimistisch, dass die Wahlen am 13. September unter Anwendung des Schutzkonzepts stattfinden werden, betonte Wallner. Einen Vorbehalt gebe es aber immer: Sollte sich das Virus doch unkontrolliert in der Bevölkerung ausbreiten und zu drastisch steigenden Fallzahlen führen, dann würde man erneut nicht wählen können. "Da sind wir im Moment aber keinesfalls", unterstrich Wallner.

Das Schutzkonzept enthält Empfehlungen sowohl für die Wähler wie auch für die Wahlbehörden. So werden die Wähler dringend dazu angehalten, während des gesamten Aufenthalts im Wahllokal einen Mund-Nasen-Schutz oder ein Gesichtsvision zu tragen. Wer ohne Schutz kommt, erhält einen ausgehändigt. Damit der Mindestabstand von einem Meter einzuhalten ist, wird immer nur eine bestimmte Anzahl von wählenden Personen in das Wahllokal eingelassen. Die Mitglieder der Wahlbehörde werden entweder ebenfalls einen Mund-Nasen-Schutz tragen oder durch eine Plexiglas-Scheibe von den Wählern getrennt sein. Wahlinformation und Lichtbildausweis sollen nicht übergeben, sondern gut sichtbar vorgezeigt werden.

Selbstverständlich bereit stehen wird Hand-Desinfektionsmittel. Darüber hinaus ist vorgesehen, die Tisch- und Stehpultflächen in den Wahlzellen in kurzen zeitlichen Abständen zu desinfizieren, die Schreibgeräte nach jeder Stimmabgabe. Zudem werden die Wahllokale pro Stunde fünf Minuten durchgelüftet.

Das Schutzkonzept im Detail unter folgendem Link: <https://presse.vorarlberg.at/land/servlet/AttachmentServlet?action=show&id=43031>



Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden

1. Zweites Corona-Hilfspaket für Kärntner Gemeinden

Rund 20 Millionen Euro – 35 Euro pro Gemeindebürger – stellt das Land Kärnten zur Verfügung, damit die Kärntner Gemeinden das Gemeindepaket des Bundes abholen können. Denn Investitionen seien die beste Wirtschaftsförderung.

KÄRNTEN. Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaunig sowie die Landesräte Daniel Fellner und Martin Gruber präsentierten mit der Vorsitzenden des Städtebundes, Klagenfurts Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz, und Gemeindebund-Präsident Günther Vallant heute das zweite Kärntner Hilfspaket für Gemeinden in Corona-Zeiten. Basis dafür ist das Gemeindepaket des Bundes.

Gemeinden und Städte sind teilweise mit massiven Liquiditätsschwierigkeiten konfrontiert, sind aber ein Investitionsmotor. Daher will das Land Kärnten die Gemeinden in die Lage versetzen, die Gemeinde-Milliarde des Bundes (in Kärnten sind es über 62 Millionen Euro) abholen zu können. Projekte, also Investitionen auf kommunaler Ebene, unterstützt der Bund mit 50 Prozent. Die restlichen 50 Prozent der Investition zu stemmen, ist für viele Gemeinden allerdings nicht einfach.

Also steuert das Land Kärnten weitere 30 Prozent (35 Euro pro Einwohner) hinzu, das Geld müssen die Gemeinden nicht zurückzahlen. Maximal wird ein Projekt also mit 80 Prozent gefördert. 20 Millionen Euro stellt dafür das Land bereit.

Die Abwicklung dieses zweiten Hilfspakets für die Gemeinden soll einfach sein. Man orientiert sich an den Kriterien des Bundes und die Gemeindeabteilung nimmt die inhaltliche Prüfung vor

Durch das Gemeindepaket des Bundes könnte allein Klagenfurt fast 13 Millionen Euro abholen. "Ich bin sehr froh und dankbar über die weitere Förderung des Landes, weil es wichtig ist, die Förderungen des Bundes vollständig ausschöpfen zu können", sagte Bürgermeisterin Mathiaschitz. Sie gab allerdings auch zu bedenken, dass nicht nur neue Investitionen wichtig sind, sondern auch, seine laufenden Ausgaben finanzieren zu können. Durch Einbrüche bei den Haupteinnahmequellen Ertragsanteile und Kommunalsteuer fehle ein "großer Brocken". Man rechnet mit einem Minus von rund zehn Prozent – bei Ertragsanteilen wie Kommunalsteuer. Das wären allein für Klagenfurt zwischen zehn und 13 Millionen Euro bzw. 4,5 Millionen Euro weniger Geld.

Mathiaschitz: "Nimmt man den Wegfall weiterer Einnahmen dazu, ergibt das für Klagenfurt ein Minus von mindestens 20 Millionen Euro. Mit diesem Geld werden normalerweise laufende Ausgaben finanziert." Sie wiederholte daher eine Forderung des Städtebundes: "Die Kommunalsteuer refundieren und Teile der Ertragsanteile anpassen!"

Bei einem Projekt mit einem Investitionsvolumen von 100.000 Euro müsste die Gemeinde also 20.000 Euro aufbringen. Und hier ermöglichte das Land durch das erste Hilfspaket für Gemeinden eine Finanzierung. Es wurde ja beispielsweise die restriktive Vorgehensweise aufgeweicht, was die Aufnahme von Krediten durch Gemeinden betrifft. Die verbleibenden 20 Prozent können also mittels Darlehen (nach einer Einzelfall-Prüfung) finanziert werden.

Die 20 Millionen Euro werden durch eine Gesetzesänderung im Landtag dotiert – es geht um eine Erweiterung des Verwendungszweckes des Wohn- und Siedlungsfonds für das Land Kärnten.

2. Coronahilfe – Die Stadt Linz erläßt Mietern und Pächtern 4 Monatszahlungen



Die Stadt Linz erlässt ihren Mietern und Pächtern die bisher nur gestundeten Zahlungen für die Monate März bis Juni endgültig. Das hat der Stadtsenat am Dienstag beschlossen. Die Entscheidung betrifft rund 130 Unternehmen - hauptsächlich aus der Gastronomie -, Kulturinitiativen und Vereine.

Für Schanigärten auf öffentlichem Gut werden bis Ende der Saison am 31. Oktober, für Warenkörbe auf diesen Flächen bis Jahresende keine Entgelte fällig. Insgesamt verzichte die Stadt auf 1 Mio. Euro Einnahmen, so Bürgermeister Klaus Luger und Stadträtin Regina Fechter.



Europa und International

1. Einheitliche Standards für Europas Corona-Ampeln gefordert

Drei hochrangige (Europa-)Politiker haben sich am Dienstag bei einem informellen Treffen in Salzburg für einheitliche und nachvollziehbare Standards für alle EU-Bürger im Zusammenhang mit der Coronakrise ausgesprochen.

"Der Fleckerlteppich an Regelungen ist aktuell nicht nachvollziehbar", sagte EU-Budgetkommissar Johannes Hahn bei einem Mediengespräch nach dem Meeting.

Das betreffe etwa den empfohlenen Mindestabstand, der in Österreich einen, in Luxemburg aber zwei Meter betrage. Gleiches gelte für national unterschiedliche Quarantäneregeln nach der Rückkehr aus einem Risikoland. Auch bei Grenzkontrollen habe man gesehen, wie verschieden das Thema oft gehandhabt wird. "Wir registrieren in den Mitgliedsstaaten eine zunehmende Aversion gegenüber den Corona-Maßnahmen. Das liegt auch daran, weil die Menschen das Gefühl haben, dass das überall anders geregelt wird", sagte Hahn.

Damit europaweit epidemiologische Beurteilungen einheitlich vorgenommen werden können, brauche es zunächst aber einmal einheitlich statistische Befundaufnahmen. "Nicht jede Zählung eines Landes baut aber auf den gleichen Prinzipien", betonte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP). "Es ist oft nicht sicher, wie manche Länder zählen und testen, was dann auch zu Reisewarnungen führt." Da die EU in gesundheitspolitischen Fragen ohne Richtlinienkompetenz sei, sollten die Regeln auf Basis einer freiwilligen Kooperation geschaffen werden.

Für einheitliche Vorgaben könnte dabei eine Art europäisches Robert-Koch-Institut sorgen, wo Virologen und andere Experten Standards entwickeln, betonte EU-Kommissar Hahn. "Die Schlussfolgerungen können dann national oder allenfalls regional gezogen werden". Es gehe auch darum, einen Mechanismus zu entwickeln, der rasche Reaktionen erlaube, sollte erneut eine Pandemie auftreten.

Zudem soll die EU bewerkstelligen, dass für die europäische Bevölkerung einmal ausreichend Impfstoffe gegen Covid-19 und Medikamente zur Behandlung der Krankheit zur Verfügung gestellt werden. "Wir führen laufend Gespräche mit Pharma-Unternehmen, die an der Entwicklung arbeiten. Wir wollen - auch durch finanzielle Mittel - sicherstellen, dass unmittelbar mit der Produktion begonnen werden kann, sobald entsprechende Testergebnisse vorliegen", so Hahn. Der dritte Gesprächspartner im Bund, der Fraktionschef der Europäischen Volkspartei (EVP) im EU-Parlament, Manfred Weber, räumte am Dienstag zunächst ein, dass Europa im März und April in der Solidaritätsfrage ein Scheitern erlebt habe. "Die Länder und Regionen haben nur auf sich selbst geschaut. Als in Bergamo Särge vor den Krankenhäusern standen, hatten wir in Bayern freie Spitals-Kapazitäten." Mit dem EU-Coronafonds sei nun aber vor allem in Finanzfragen wieder Solidarität gelungen. Zudem hätten die Staats- und Regierungschefs die wirtschaftlichen Hilfen an Bedingungen geknüpft, um rechtsstaatliche Standards in ganz Europa durchsetzbar zu machen. Allerdings zeigte sich Weber am Dienstag enttäuscht darüber, dass im mehrjährigen EU-Finanzrahmen wichtige Mittel in den Bereichen Gesundheit, Forschung aber auch Migration von den Staats- und Regierungschefs massiv zusammengeschrumpft worden seien. "Es sollten nicht nur Gelder beschlossen werden, die in die nationalen Budgets laufen."

2. 24-Stunden-BetreuerInnen von Pendler-Regelung ausgenommen



24-Stunden-Betreuungskräfte aus Ländern, für die eine Reisewarnung gilt, werden bundesweit nicht unter die Pendler-Sonderregelung fallen. Das teilte die Kärntner Gesundheitsreferentin Beate Prettner am Dienstag unter Berufung auf das Gesundheitsministerium mit.

Kärnten hatte bereits am Montag fixiert, dass man am Testprozedere für 24-Stunden-Betreuer festhalten werde - demnach wird empfohlen, dass 24-Stunden-Betreuer auch weiterhin auf das Coronavirus getestet werden, bevor sie die Arbeit im Land aufnehmen. Laut Prettner bleibe auch das zwischen Bund und Ländern getroffene Übereinkommen zur Kostenübernahme aufrecht, wonach bei einer Inlandstestung 85 Euro und bei einer Auslandstestung 60 Euro pro Betreuungskraft und Monat übernommen werden.

Am Wochenende war bekanntgeworden, dass die Einreise für Berufspendler aus Ländern, für die eine Reisewarnung gilt, ohne Einschränkung möglich wird.

3. Corona-Virus: Corona-Krise lässt in Deutschland weiterhin Steuereinnahmen schrumpfen

Die Corona-Krise führt weiterhin zu Steuermindereinnahmen für Bund, Länder und Kommunen, aber weit weniger stark als zuvor. Die Einnahmen aus den aufkommenstarken Gemeinschaftssteuern lagen im Juli 2020 saisonbereinigt um drei Prozent unter dem Stand des Vor-Krisen-Monats Februar, wie das Statistische Bundesamt am Freitag in Wiesbaden mitteilte. Im Vergleich zum Juni gab es jedoch wieder einen deutlichen Anstieg um 25 Prozent.

Insgesamt hat sich laut Statistischem Bundesamt der Rückgang der Steuereinnahmen stark verlangsamt, nachdem in den Vormonaten im Vergleich zum Februar jeweils zweistellige Einbrüche verzeichnet worden waren. Den im Juli wieder deutlichen Anstieg im Vergleich zum Juni führt das Statistische Bundesamt auf die Wiederöffnung von Läden und Restaurants zurück, aber auch auf nachgeholte Steuerzahlungen, für die zuvor ein Aufschub gewährt worden war. Zu den Gemeinschaftssteuern, deren Einnahmen auf Bund und Länder sowie teilweise auch die Kommunen aufgeteilt werden, gehören die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer einschließlich der Kapitalertragsteuer sowie die Mehrwertsteuer. Bei der Einkommen- und der Körperschaftsteuer gab es im Juli verglichen mit dem Februar ein Minus von 4,5 Prozent, bei der Mehrwertsteuer um 0,9 Prozent.

Bei den reinen Bundessteuern betrug der Einnahmerückgang im Vergleich zu Februar 7,5 Prozent, bei den Landessteuern 5,5 Prozent. Bundessteuern sind unter anderem die Kfz-Steuer, Energiesteuern wie die Mineralölsteuer, die Luftverkehrsabgabe, die Versicherungssteuer und der Solidaritätszuschlag sowie Zölle. Landessteuern sind beispielsweise die Grunderwerbsteuer, die Erbschaftsteuer und einige Verbrauchssteuern wie die Biersteuer. Bei der saison- und kalenderbereinigten Betrachtung werden Sondereffekte, die sich beispielsweise aus jahreszeitlichen Schwankungen, Zahlungsfristen oder anderen externen Faktoren ergeben, herausgerechnet. Damit werden dem Bundesamt zufolge die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Steuereinnahmen sichtbar.

